XIV. Oeffentliches Sanitätswesen.

Die gesetzliche Stellung der Aerzte vor und nach Erlass der deutschen Gewerbeordnung.¹⁾

Von Dr. Oscar Schwartz, Geh. Med.-Rath.

Da das Rundschreiben des ärztlichen Vereins zu Frankfurt a. M., welches sich bezieht auf die durch den Ministerialerlass vom 13. Januar d. J. angeregte Frage, ob für die Aerzte ähnliche Institutionen einzuführen seien, wie solche für die Rechtsanwälte in den § 62 ff. der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 bestehen, auf die Tagesordnung unserer heutigen Vereinsversammlung gesetzt worden ist, so erlaube ich mir, vor Beginn der Discussion Ihnen einen möglichst kurz gefassten Ueberblick vorzutragen über die gesetzliche Stellung der Aerzte, wie solche vor Erlass der Gewerbeordnung von 1869 war und dann unter der Herrschaft des genannten Reichsgesetzes bis zur heutigen Zeit sich verändert hat. Eine derartige Frage, wie die vorliegende, über die Nothwendigkeit einer Abänderung der für die Aerzte und die Ausübung der Heilkunde zur Zeit gültigen Gesetze lässt sich meines Erachtens nach unbewiesenen theoretischen Annahmen oder politischen Doctrinen nicht beantworten, sondern nur auf dem sichern Boden einer thatsächlichen in Vergangenheit und Gegenwart gemachten Erfahrung.

Wir müssen zu ermitteln suchen, welche Einrichtungen und Gesetze nach den Lehren der Geschichte und unserer eigenen unbefangenen Erfahrung für die Interessen des Allgemeinwohls und des ganzen ärztlichen Standes, wie derselbe in Stadt und Land, in Hütten und Palästen, in Krieg und Frieden wirken und helfen soll, als zweckmässig und erspriesslich sich bewährt haben, und von welchen Einrichtungen also eine Förderung des öffentlichen Gesundheitswohls und der ärztlichen Berufsstellung nach bisheriger Erfahrung erwartet werden kann?

Schon vor dem Erlass der deutschen Gewerbeordnung von 1869 waren einzelne ärztliche Verhältnisse in Preussen durch die Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 gesetzlich geregelt, wie die Ertheilung und Entziehung der Approbation, die Anmeldung und freie Niederlassung der Aerzte, sowie die Errichtung von Privatkrankeinstellen.

Im § 42 der preussischen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 heisst es ausdrücklich:

Gewerbetreibende, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen: Aerzte, Wundärzte, Zahnärzte, Apotheker, Unternehmer von Privatkrankeinstellen bedürfen einer Approbation des Ministeriums der Medicinalangelegenheiten.

Dagegen lässt sich nicht bestreiten, dass vor 1869 die Aerzte in allen deutschen Staaten nach Maassgabe verschiedener gesetzlicher Medicinalordnungen auch dann, wenn sie nicht, wie in Nassau und einzelnen kleinen Staaten unmittelbare Staatsbeamte waren, doch eine annähernd amtliche

¹⁾ Ein mit Bezugnahme auf das Rundschreiben des Frankfurter ärztlichen Vereins am 14. März 1892 im Kölner allgemeinen ärztlichen Verein gehaltener Vortrag.

Stellung einnehmen, da sie nur unter Bedingung einer besonderen Pflichterfüllung die Approbation erhielten und vor ihrer Niederlassung auch auf besondere Berufspflichten vereidigt wurden. In der vorgeschriebenen preussischen Eidesformel hiess es damals: „Ich schwöre, dass ich alle mir vermöge meines Berufs obliegenden Pflichten nach den darüber bestehenden und noch ergehenden Verordnungen nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen will“. Diese für alle praktischen Aerzte verbindlichen Verordnungen finden Sie beispielsweise enthalten in einem besonderen Kapitel des preussischen Medicinaldicts vom 27. September 1725 und in mehreren das genannte Gesetz declarirenden Ministerialerlassen. — Dass aber die ärztlichen allgemeinen Pflichten bei der Krankenbehandlung auch damals an maassgebender Stelle nicht bürokratisch aufgefasst wurden, beweist ein derartiger Ministerialerlass vom 1. November 1845, in welchem es wörtlich heisst: „Diese ärztliche Pflicht der Krankenbesuche bei Tag und Nacht ist keine absolute; denn es lassen sich Fälle denken, wo diese Pflicht mit anderen Pflichten, eigener Gesundheit, Familie u. s. w. collidirt, oder wo der Arzt nach der Eigenthümlichkeit mancher Patienten unzulässigen Vexationen sich aussetzen würde. Wegen der Mannigfaltigkeit derartiger im Leben vorkommender Fälle ist der Arzt in dieser Angelegenheit auf sein Gewissen und die Verantwortlichkeit, welche dieses ihm auferlegt, angewiesen.“

Die ärztliche Approbation konnte nach der preussischen Gewerbeordnung auf dem Disciplinarwege nur dann zurückgenommen werden, wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Mangel derjenigen Eigenschaften, welche bei Ertheilung der Approbation vorausgesetzt werden mussten, klar erhellte.

Als Aequivalent für die den Aerzten bei der allgemeinen Krankenbehandlung sowohl den Kranken wie den Standesgenossen gegenüber auferlegten Pflichten waren die approbirten Aerzte durch die damalige Gesetzgebung gegen den gewerbmässigen Betrieb der Heilkunde durch nicht approbirt Personen vollständig geschützt. Die damaligen Strafgesetze bezogen sich aber nur auf gewerbmässig, gegen Belohnung betriebene Curpfuscherei, und war die Hülfeleistung in Nothfällen, bei Ermangelung ärztlicher Hülfe straffrei. Auch war das Erfinden neuer Heilmethoden, Instrumente und Arzneimittel, wenn sich dieselben sachkundiger Prüfung unterwarfen, unbehindert, und ist der Vorwurf, welchen man der damaligen deutschen Gesetzgebung gegen Curpfuscherei gemacht hat, dass sie die Nothhülfe verboten und den Erfindungsgeist behindert, nach meiner Erfahrung absolut unbegründet. Ebenso unbegründet ist der Vorwurf, dass die damaligen Gesetze auch gegen die gemeinschädliche Curpfuscherei nichts genützt hätten, welche letztere vielmehr nach meiner Erfahrung bei geeigneter Handhabung der Gesetze wirksam verhütet und unterdrückt werden konnte. Allerdings ist zu allen Zeiten gepfuscht, gestohlen und betrogen worden; das ist aber doch kein Grund, die Strafgesetze gegen Betrug und Diebstahl aufzuheben. — Auf diese Art würden wir in spartanische Zustände zurücksteuern.

Durch die deutsche Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 fanden nun in der bisherigen gesetzlichen Stellung der Aerzte nachstehende Veränderungen statt:

Nach § 29 des genannten Gesetzes bedürfen diejenigen Personen, welche die Heilkunde ausüben, weder einer Vorbildung, noch einer Approbation, sondern nur diejenigen, welche sich als Aerzte, Wundärzte, Geburtshelfer Zahnärzte, Thierärzte oder mit gleichlautenden Titeln bezeichnen oder seitens des Staats oder einer Gemeinde mit amtlichen Functionen betraut werden sollen, bedürfen einer Approbation, welche von der vorherigen Doctorpromotion nicht abhängig gemacht werden darf. Auch ist es dem Bundesrathe vorbehalten, zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Personen wegen wissenschaftlich erprobter Leistungen von der vorgeschriebenen Approbationsprüfung ausnahmsweise zu entbinden sind.

Ferner bedürfen nach § 30 Unternehmer von Privatkranke-, Entbindungs- und Irren-Anstalten einer Concession der höheren Verwaltungsbehörde, welche ertheilt werden muss, wenn nicht Thatfachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb darthun.

Die ärztliche Approbation kann nur entzogen werden, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargethan wurde, auf Grund deren dieselbe ertheilt war (§ 53).

Schon bald nach Erlass der vorgenannten Bestimmungen über Freigabe der Heilkunde und Betrieb von Privatkrankeanstalten traten erhebliche Missstände ein, sowohl bei Ausübung der Heilkunde durch nicht geprüfte und unzuverlässige Personen, wie auch beim gestatteten Betriebe von Privatkrankeanstalten, ohne jede Mitwirkung qualificirter Aerzte. Ebenso stellte sich ein für das Ansehen des ärztlichen Standes grosser Uebelstand heraus, dass auch solchen Aerzten, welchen wegen Verbrechen durch gerichtliches Erkenntniss die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen worden, nach der neuen Gewerbeordnung die Approbation nicht mehr entzogen werden konnte, dieselben also nach wie vor Mitglieder des ärztlichen Standes blieben.

Nach Feststellung dieser thatsächlichen Uebelstände wurde dann auch in der veränderten deutschen Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 den nicht approbirten Personen die Ausübung der Heilkunde im Umherziehen verboten (§ 56), und der § 53 dahin ergänzt, dass die ärztliche Approbation von der Verwaltungsbehörde auch dann zurückgenommen werden kann, wenn dem Inhaber die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind. Ebenso wurde der § 30 dahin ergänzt, dass dem Unternehmer von Privatkranke-, Entbindungs- und Irrenanstalten die Concession zu versagen ist, wenn Thatfachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Unternehmers bezüglich Leitung oder Verwaltung der Anstalt darthun, und die unzureichenden Beschreibungen und Pläne der baulichen und sonstigen technischen Einrichtungen der Anstalt den gesundheitlichen Anforderungen nicht entsprechen.

Durch § 80 der revidirten Gewerbeordnung von 1880 blieb die Bezahlung der Aerzte der Vereinbarung überlassen; beim Streitfalle und bei Mangel einer Vereinbarung blieben aber auch jetzt noch massgebend die von der Centralbehörde festgesetzten Taxen.

Durch § 144 wurden aufgehoben die für Medicinalpersonen bestehenden besonderen Bestimmungen, welche ihnen unter Androhung von Strafen einen Zwang zu ärztlicher Hülfe auferlegten.

Es wurde also aufgehoben der § 200 des pr. Strafgesetzbuchs: „Medicinalpersonen, welche im Falle dringender Gefahr ohne hinreichende Ursache ihre Hülfe verweigern, sollen mit Geldbusse von 200—500 M. bestraft werden.“ Es blieb aber bestehen der § 340: „Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Noth, von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hülfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen kann, wird bestraft.“ — Wie Sie sich erinnern werden, ist dieser Paragraph gegen Aerzte bereits wirksam zur Anwendung gebracht worden.

Nach § 147, 3, sind nur diejenigen Personen straffällig, welche sich, ohne vorschriftsmässig approbirt zu sein, als Arzt etc. bezeichnet hatten, während die Ausübung ärztlicher Verrichtungen durch nicht approbirt Personen nicht mehr unter Strafe gestellt wird.

Das, meine Herren, sind im ganzen die auf dem Gebiete der Heilkunde durch die Gewerbeordnung vom 1. Juli 1880 eingetretenen Verbesserungen der Gewerbeordnung von 1869; der Hauptübelstand der letzteren ist geblieben: die gesetzlich erlaubte gewerbmässige Ausübung der Heilkunde am Wohnorte durch nicht geprüfte, unzuverlässige, theilweise verrufene Personen, und die ohne jede disciplinäre Beaufsichtigung immer mehr einreisende Corruption des Heilpersonals.

Als im Sommer 1887 die gesetzlich legitimirten Curpfuscher auch in die gesetzlichen Krankenkassen eindrangen, und der ärztliche Verein in Dresden eine Petition um weitere bezügliche Abänderung der deutschen Gewerbeordnung an den deutschen Reichstag beschloss, nachdem das sächsische Ministerium keine Abhülfe gewähren konnte, theilte auch ich meine bezüglichen Erfahrungen durch einen im hiesigen Verein gehaltenen Vortrag mit, welchen diejenigen jungen Herren, die damals noch nicht hier waren und sich zur Sache näher informiren wollen, in zwei Nummern der Deutschen medicinischen Wochenschrift, Jahrgang 1887, unter der Aufschrift „Die Curpfuscherei unter der neuen deutschen Gesetzgebung“ abgedruckt finden können. Ich habe damals unterschieden eine gutartige, unschädliche, nicht gewerbmässig betriebene, von der heutigen Tages überhandnehmenden gewerbmässig und betrügerisch betriebenen gemeinschädlichen Curpfuscherei, welche letztere nach Lage der heutigen Gewerbeordnung auch durch den Betrugsparagraphen des deutschen Strafgesetzbuchs zur gerichtlichen Bestrafung nur sehr schwer oder gar nicht gebracht werden kann.

Für diese Thatsache stehen mir aus hiesiger jüngster gerichtsarztlicher Erfahrung noch weitere eklatante Specialfälle zur Verfügung.

Die Dresdener Petition wurde damals nicht abgegeben, sondern beschlossen, die Sache zunächst vor das Forum des deutschen Aertztetages zu bringen, dessen betreffende Verhandlungen über die Sache Ihnen bekannt sein werden.

Aus den jetzigen Verhandlungen des deutschen Reichstages werden Sie aber ersehen haben, dass bei Revision der Krankenkassengesetze den Wünschen der Aerzte bezüglich Ausschluss der Curpfuscherei nicht entsprochen wird, was mit der gesetzlichen Freigabe der Heilkunde offenbar im Zusammenhang steht. — Im österreichischen oder italienischen Parlament wären derartige Controversen über den Begriff ärztliche Behandlung nicht möglich, weil die Curpfuscherei dort gesetzlich verboten ist.

Inzwischen erschien für die preussischen Aerzte die Allerhöchste Verordnung vom 25. Mai 1887, betreffend Einrichtung einer ärztlichen Standesvertretung, wie solche in den grösseren deutschen Staaten bestand. Diese Allerhöchste Verordnung hat sich während ihres 4jährigen Bestehens in so weit bewährt, als die in die Kammern gewählten Aerzte die nicht unerheblichen Opfer an Zeit, Mühe und Geld bereitwillig gebracht und ebenso fleissig und friedlich die ihnen zugewiesenen Angelegenheiten beraten und bearbeitet haben. Dagegen hat sich der § 5 der fraglichen Verordnung, auf welchen sich der jetzt vorliegende Ministerialerlass vom 13. Januar d. J. vorzugsweise bezieht, wenigstens nach meiner persönlichen Erfahrung als einer Verbesserung sehr bedürftig gezeigt. Wenn in dem genannten Paragraphen zunächst von ärztlichen Berufspflichten die Rede ist, so ist nicht klar, welche Verletzung besonderer Berufspflichten bestraft werden soll, nachdem seit Erlass der deutschen Gewerbeordnung die ärztlichen Approbationen ohne jede Bedingung einer besonderen Pflichterfüllung ertheilt werden, alle bestehenden besonderen Bestimmungen, welche dem Arzt einen Zwang zur ärztlichen Hülfe auferlegen, durch die Gewerbeordnung aufgehoben sind, und deshalb auch nach Ministerialerlass vom 23. December 1869 von der bisherigen Vereidigung der Aerzte auf besondere Berufspflichten gänzlich abgesehen ist, während die Vereidigung der Apotheker und Hebammen aufrecht erhalten wird? Sollen also die Aerzte wegen Verletzung ihrer besonderen Berufspflichten disciplinarisch gestraft werden, so müssen derartige Pflichten doch den Aerzten durch Specialgesetze wieder auferlegt werden, da auf das veraltete preussische Medicinaldict von 1725 bei der ganz veränderten neuen Gesetzgebung nicht mehr zurückgegriffen werden kann. Daraus folgt aber die Nothwendigkeit einer neuen gesetzlichen deutschen Aerzteordnung, in welcher die besonderen Pflichten und die Rechte der Aerzte nicht in gleichen, sondern nach dem ausdrücklichen Wortlaut des betreffenden Ministerialerlasses vom 13. Januar d. J. nur in ähnlicher Weise würden zu bestimmen sein, wie dies bezüglich der Rechte und Pflichten der Rechtsanwälte in der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 geschehen ist. Eine deutsche Aerzteordnung, meine Herren, in welcher die Pflichten und Rechte der Aerzte bestimmt werden, bedingt aber auch nothwendig eine weitere entsprechende Revision der deutschen Gewerbeordnung. Es würde dann also endlich der rechte Zeitpunkt gekommen sein, um womöglich in Uebereinstimmung mit den gesetzgebenden Factoren des Deutschen Reiches die gemeinschädliche und gewerbmässige Ausübung der Heilkunde durch ungeprüfte und unzuverlässige Personen wieder unter Strafe zu stellen, wie dies in allen Culturstaaten, monarchischen und republikanischen, bekanntlich geschieht und im Interesse des Allgemeinwohls überall für erforderlich gehalten wird.

Die Frankfurter Collegen geben nun in ihrem Rundschreiben zu, dass der ärztliche Stand durch unzulässige Reclame, Unterbieten bei Bewerbung von Kassenarztstellen und andere grobe Ausschreitungen der Concurrenz deprivirt werde, und zwar durch solche Aerzte, die sich ausserhalb jedes collegialen Verbandes stellen, gegen welche also durch privatärztliche Vereine nicht vorgegangen werden kann. Durch dieses Zugeständniss, welches aber auch von unserer deutschen Fachpresse täglich gemacht wird, ist nach meinem Erachten die Nothwendigkeit einer staatlich anerkannten Beaufsichtigung des ärztlichen Personals klar bewiesen, da der Staat, zu dessen unbestrittenen Hoheitsrechten die Oberaufsicht über das öffentliche Gesundheitswesen und alle Krankenanstalten gehört, nicht dulden kann, dass das ärztliche Personal, von dessen gewissenhafter und sachverständiger Mitwirkung unsere ganze neuere sociale Gesetzgebung abhängig ist, fortschreitender Corruption verfällt. Wer diese Rechte des Staats nicht anerkennen will, den kann ich nur auf das Studium von Rönne, preussisches Staatsrecht, namentlich den § 314 verweisen. „Wie im Anfange unseres Jahrhunderts das Verhältniss des deutschen Arztes zur Staatsverwaltung aufgefasst wurde, erhellt beispielsweise aus der 1816 bei Macklot in Stuttgart erschienenen Encyclopädie für gebildete Stände, an welcher die bedeutendsten damaligen Gelehrten arbeiteten. — Es heisst dort: p. 307. Der Arzt steht zum Staat im Verhältniss eines der ersten Staatsdiener. Diese Würde kommt ihm zu sowohl wegen der nicht gemeinen Talente und Summe von Kenntnissen, die ihm nöthig sind, wegen der Wichtigkeit seiner Verpflichtungen und der Nothwendigkeit seiner Kunst. Der Staat wird nur erhalten von gesunden Bürgern, wird nur vertheidigt von gesunden Soldaten, regiert von gesunden Beamten. Je mehr Kranke, je schwächer der Staat, je länger die Dauer der Krankheit, desto länger muss der Staat diesen Bürger entbehren. Es erfordert daher das erste Interesse des Staats, für die Gesundheit seiner Mitglieder zu sorgen. Daher liegt dem Staat ob, unwürdige Subjecte von der Arzneikunst abzuhalten, die Entweihung der Kunst von Pfuschern aller Art und den Nachtheil, der hieraus fliesst, zu verhüten, die Rechte und Würde der Aerzte zu schützen und für ihre Belohnung zu wachen.“

Eine vollkommene Unabhängigkeit der Aerzte von der staatlichen Aufsicht, wie solche als Ideal von einzelnen heutigen Collegen erstrebt wird, kann auch nach unserer heutigen Gesetzgebung für den grössten Theil aller derjenigen Aerzte nicht zugestanden werden, welche in öffentlichen oder Privatkrankeanstalten fungiren, als Armen-, Impf- oder staatliche Krankenkassenärzte angestellt sind. Nach Rönne „Staatsrecht“ „neueste Auflage 1884“, Bd. IV, p. 244 bleiben auch nach Erlass der deutschen Gewerbeordnung alle Aerzte unter besondere Aufsicht des Staats gestellt. Jedenfalls werden auch heute nur wenige Aerzte übrig bleiben, die sich einer absoluten Unabhängigkeit von der Staatsgewalt rühmen können.

Was nun aber die von den Frankfurter Collegen befürchtete Beraubung der persönlichen Freiheit durch ein unter Mitwirkung der ärztlichen Standesvertretung zu organisirendes Disciplinargericht betrifft, so kenne ich unter den academisch gebildeten Ständen keinen einzigen, der sich auch in politischer Beziehung freier bewegen könnte, wie die unter der Disciplinargewalt ihrer Anwaltskammern stehenden deutschen Advocaten, die aber auch mit der genannten Institution, so viel ich erfahren, durchaus zufrieden sind und in derselben für ihren Stand nicht nur ein Straf-, sondern noch mehr ein Schieds- und Schutzgericht sehen, als welches sich aber auch das ärztliche Disciplinargericht bei Streitigkeiten unter den Standesgenossen oder bei unbegründeten Anklagen und Verleumdungen bewähren wird. Mir scheinen deshalb die Befürchtungen der Frankfurter Collegen vor den ärztlichen Disciplinargerichten eines thatsächlichen Inhalts zu entbehren. Fragen Sie nur die Aerzte, die vor 30 Jahren practicirt, sogar als unmittelbare Staatsbeamte angestellt waren, die Universitätsprofessoren oder die Kreisphysiker, ob sie sich über Verlust ihrer persönlichen Freiheit zu beklagen haben oder sich durch ihre Disciplinarbehörde unnöthig belästigt fühlen. Ich glaube nicht, dass beispielsweise Herr College Virchow, der in unmittelbarem Staatsdienst ergraut und 70 Jahre alt geworden ist, den Frankfurter Collegen zugestehen wird, seine persönliche, verfassungsmässige Freiheit verloren zu haben. Ich habe derartige Klagen bis jetzt noch nicht gehört, auch während meiner ärztlichen Thätigkeit von 1846 bis 1870, in welcher Zeit die staatliche Disciplinargewalt doch gesetzlich über alle Aerzte ausgeübt werden konnte, von einer bemerkenswerthen Disciplinirung nicht beamteter Aerzte nichts in Erfahrung gebracht. Die Sache kann also nicht so schlimm sein. Wer nach bestem Wissen und Gewissen seine Schuldigkeit thut, kann der Errichtung des projectirten Disciplinarhofs sehr ruhig entgegensehen.

M. H.! Nachdem ich die deutsche Anwaltsordnung, auf welche in dem fraglichen Ministerialerlass Bezug genommen, gelesen und mich auch durch Rücksprache mit erfahrenen Juristen noch informiert habe, kann ich nur sagen, dass die Anwälte vor den Aerzten, welche letzteren doch auch durch ähnliche Vorbildung und Staatsprüfungen ihre Qualification gesetzlich nachgewiesen haben, erhebliche Vorzüge in ihrer späteren Berufsstellung geniessen. Zunächst findet die deutsche Gewerbeordnung auf die advocatorische und Notariatspraxis überhaupt keinerlei Anwendung, während die §§ 29, 30, 53, 80 und 144 der Gewerbeordnung für die Ausübung der Heilkunde ausdrücklich maassgebend sind. Sodann sind die Rechtsanwälte in ihrer advocatorischen und Notariatspraxis vor jedem Eingriff durch staatlich ungeprüfte Personen vollständig geschützt, da auch den sogenannten Rechtsconsulenten keinerlei besondere Befugnisse eingeräumt sind, während die genannten Paragraphen der Gewerbeordnung die Ausübung der Heilkunde durch Jedermann freigeben und nur den Gebrauch ärztlicher Titel verbieten, ein Verbot, welches bekanntlich in der mannigfachsten Art umgangen wird. Ich glaube nicht, dass Sie auch nur einen einzigen deutschen Rechtsanwalt finden, der bereit wäre, auf seine Anwaltsordnung zu verzichten und dafür die sogenannte Freiheit des Vogels in der Luft einzutauschen unter der Bedingung, dass er dann vor den Tribunalen mit jedem ungeprüften Rechtsconsulenten, als einem gesetzlich gleich Berechtigten,

concurriren müsse. — Die deutschen Aerzte sollen aber heutigen Tags sogar bei Behandlung ansteckender Krankheiten mit jedem sachunkundigen verurtheilten Menschen und allen nebenher gebrauchten giftigen, ungeprüften Geheimmitteln concurriren und dann trotzdem besondere Berufspflichten zum Schutze der öffentlichen Gesundheit erfüllen. Kein Stand, wenn er auch noch so classisch und akademisch gebildet wäre, wird eine derartige Gesetzgebung, wie sie heute den deutschen Aerzten auferlegt ist, ohne grossen Nachtheil für seine berufsgemässe, gemeinnützliche Wirksamkeit und seine ganze sociale Lebensstellung ertragen können. Wenn Sie meine vorhin erwähnten Abhandlungen über die heutige Curpfuscherei lesen wollen, werden Sie daraus entnehmen, dass unsere westlichen Nachbarn auf dem Gebiete des Medicinalwesens schon Ende vorigen Jahrhunderts ähnliche Freiheitsexperimente gemacht haben, wie wir Deutschen 1869, wobei aber alles drunter und drüber ging. Sie werden dann auch die neueste, die Ausübung der Heilkunde durch strenge Vorschriften beschränkende französische Gesetzgebung als eine durch historische Erfahrungen begründete verstehen.

Der § 5 der Verordnung vom 25. Mai 1887 ist nicht ausreichend, um die nöthige Ordnung im deutschen Medicinalwesen wieder herzustellen, da dieser Paragraph eigentliche Disciplinarstrafen, namentlich auch die auf Relehrung und Besserung angeschuldigter Standesmitglieder gerichteten Disciplinarmittel, Verwarnung, Verweis, Geldstrafen, wie solche in dem österreichischen Aerztekammergesetz vorgesehen sind, gar nicht enthält, und die einzige sogenannte Strafe, Entziehung des Wahlrechts zur Aerztekammer, für diejenigen Aerzte, die kein Standesbewusstsein besitzen, sich von allem ärztlichen Vereinswesen zurückhalten und auch zur Aerztekammer principiell nicht wählen, thatsächlich keine Bedeutung gehabt hat. Ebenso ist die Bestimmung des genannten Paragraphen, dass die Entziehung des Wahlrechts keine Anwendung auf Aerzte finde, welche als solche ein mittelbares oder unmittelbares Staatsamt bekleiden oder dem Spruche der Militärehrengerichte unterliegen, missverständlich dahin gedeutet worden, als sollten Medicinalbeamte und Militärärzte bezüglich ungehörigen Verhaltens in der ärztlichen Praxis straflos bleiben, während dieselben doch bei Mittheilung der bezüglichen Verhandlungen seitens des Aerztekammervorstandes an die den beschuldigten Beamten und Militärärzten vorgesetzten Behörden nach Lage des Falles sogar bis zum Verlust ihres Amtes disciplinirt werden können. Da die genannte missverständliche Bestimmung thatsächlich unter den nicht beamteten Aerzten Unzufriedenheit erregt und zu Agitationen gegen die beamteten Aerzte geführt hat, welche nebenbei gesagt, den Entwurf der Verordnung vorher gar nicht gekannt haben und also an der Redaction des fraglichen Paragraphen ganz unschuldig sind, so wird erst die neue gesetzliche Aerzteordnung klare, für beide Theile gerechte Bestimmungen bezüglich des Disciplinarverfahrens gegen beamtete und nicht beamtete Aerzte treffen können.

Eine gesetzliche Trennung der Medicinalbeamten und Militärärzte wurde durch die Allerhöchste Verordnung nicht beabsichtigt, weil sonst die genannten Aerzte im § 5 nicht ausdrücklich würden erwähnt sein. Eine derartige Trennung würde aber auch nicht im Interesse des ärztlichen Standes und ärztlichen Vereinswesens, aber auch nicht im Interesse des Staates liegen, weil weder die Medicinalpolizei, noch die gerichtliche Medicin ohne entsprechende Mitwirkung der behandelnden Aerzte wirksam gehandhabt werden kann.

Ich habe, m. H., die vorliegende Frage, soweit es die mir kurz bemessene Zeit gestattete, auf Grund einer langjährigen, in vier verschiedenen Verwaltungsbezirken unseres deutschen Vaterlandes als Arzt und Medicinalbeamter gesammelten Erfahrung vor Ihnen zu erörtern mich für verpflichtet gehalten, weil es sich um die Beseitigung erheblicher anerkannter Missstände unter Mitwirkung einer von den Aerzten selbst gewählten Standesvertretung handelt. Unser Kölner ärztlicher Verein gehört zu den grössten Localvereinen der Monarchie, repräsentirt den Aerztestand unserer rheinischen Metropole und schickt zur Zeit fünf Mitglieder in die rheinisch-hobenzollernsche Aerztekammer, durch welche ein Jeder von Ihnen seine Ansichten und Wünsche kann vertreten lassen. Nach meiner festen Ueberzeugung werden diejenigen, welche die staatliche Organisation ärztlicher Disciplinargerichte befördern, dem Allgemeinwohl und dem ärztlichen Stande gegenüber die Verantwortlichkeit weit leichter übernehmen können, als diejenigen, welche die allgemeine als nothwendig erkannte Reform der deutschen Medicinalverfassung durch phantastische Schreckgebilde vom Verlust der persönlichen Freiheit, staatlicher Vergewaltigung und Staatsanwälten, welche letzteren mit den Aerztekammern noch gar nichts zu schaffen hatten, zu verhindern suchen. — Ich baue aber auf die Lehre der Geschichte, die sich auch in der tausendjährigen Geschichte der wissenschaftlichen Heilkunde bewährt hat. Wenn eine Reform nothwendig geworden, und der richtige Zeitpunkt für dieselbe gekommen ist, dann wird nichts sie aufhalten, und schliesslich muss die Wahrheit und die gute Sache siegen.